

Stadt Großschirma

Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Realsteuern

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) vom 21.4.1993 in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.03.2003 (veröffentlicht im SächsGVBl. Seite 55, ber. S. 159) geändert durch den am 1.9.2003 in Kraft getretenen Artikel 7 des Gesetzes vom 13.12.2002 (SächsGVBl. S. 333, 351) und durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.5.2005 (SächsGVBl. S. 155) in Verbindung mit §§ 2 und 7 SächsKAG vom 16.6.1993 (SächsGVBl. S. 502), zuletzt geändert am 16.1.2003 (SächsGVBl. S. 2), § 25 Grundsteuergesetz vom 7.8.1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert am 19.12.2000 (BGBl. I S. 1790) sowie § 16 Gewerbesteuerengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 (BGBl. I S. 4167), geändert durch Gesetz vom 16.5.2003 (BGBl. I S. 660) und der Satzung über die Erhebung von Realsteuern der Stadt Großschirma vom 16.12.2003 hat der Stadtrat der Stadt Großschirma am 11.12.2006 folgende Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Realsteuern beschlossen (Beschluss Nr. 229/2006):

§ 1 Änderungsbestimmungen

Der § 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Für die Grundsteuer werden die Steuerhebesätze festgesetzt

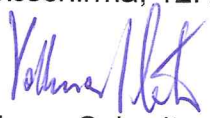
- | | |
|---|-----------|
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 280 v. H. |
| b) für Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 385 v. H. |

der Steuermessbeträge.“

§ 2 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.01.2007 in Kraft.

Großschirma, 12.12.2006


Volkmar Schreiter
Bürgermeister



Hinweis nach § 4 Abs. 4 SächsGemO

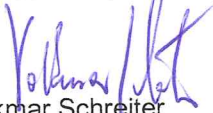
Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. die Vorschriften über die Öffentlichkeit von Sitzungen oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Ziffer 3 und 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Großschirma, 12.12. 2006


Volkmar Schreiter
Bürgermeister

